

UNSERE ZUKUNFT:



**SOLIDARITÄT
IN AKTION!**

VOLLVERSAMMLUNG | 22.03.2025

Titel: Do you believe in life after love – Unser Arbeitsprogramm 2025/26

Einbringer*in: Hannah Lilly Lehmann

Die Vollversammlung der Jusos Leipzig möge beschließen:

Das vergangene Jahr war intensiv – anstrengend, fordernd, herausfordernd. Doch wir haben es gemeinsam gemeistert! Die vergangenen Monate haben Spuren hinterlassen, und der Blick nach vorn ist nicht einfacher geworden. Neben der wachsenden rechten Bedrohung in den Parlamenten treiben steigende Lebensmittel-, Energie- und Mietpreise immer mehr Menschen an ihre finanziellen Grenzen. Die Zukunft wirkt düster – umso wichtiger ist es, dass wir gemeinsam weiterkämpfen.

Als Jusos wollen wir das nicht hinnehmen. Wir stehen für eine soziale und emanzipatorische Zukunft. Wir sind fest davon überzeugt: Es lohnt sich, zu kämpfen für linke Politik, für die, die nicht von ihrem Vermögen leben können und für unsere Demokratie. Wir sind bereit, uns den kommenden Herausforderungen zu stellen.

Mit dieser Entschlossenheit geben wir uns dieses Arbeitsprogramm als Grundlage für jungsozialistisches Wirken in Leipzig in 2025/26.

Unser Selbstverständnis

Wir Jusos Leipzig sind der größte politische Jugendverband der Stadt Leipzig – und wir haben eine klare Haltung: **sozialistisch, feministisch, internationalistisch und antifaschistisch.**

Für uns gilt: **When nothing goes right, go left.** Unsere Gesellschaftsanalyse basiert auf Karl Marx sowie sozialistischen und feministischen Theoretiker:innen. Wir richten uns nicht nach dem, was gerade mehrheitsfähig ist – **wir wollen überzeugen, mobilisieren und linke Mehrheiten erkämpfen.** Unser Anspruch ist es, die bestehenden Machtverhältnisse nicht nur zu kritisieren, sondern sie aktiv zu verändern. Wir wollen nicht nur das Brot, sondern die ganze Bäckerei!

Als größte Arbeitsgemeinschaft der SPD in Leipzig und bundesweit verstehen wir uns als **linkes Korrektiv der Partei.** Wir sind der Stachel im Fleisch, der dafür sorgt, dass die sozialdemokratische Politik sich nicht im Klein-Klein und der Selbstorganisation verliert, sondern die großen Fragen der Gerechtigkeit angeht.

Unsere **Doppelstrategie** bedeutet, dass wir sowohl innerhalb der Partei als auch in der Zivilgesellschaft, in Gewerkschaften und Bündnissen aktiv sind. Genau darauf bauen wir auf. Wir werden alles geben für eine starke politische Linke, für echte Veränderung und für eine Gesellschaft, in der Solidarität mehr zählt als Profit!

Auf auf – Unsere Handlungsschwerpunkte

Auch wenn die nächste Bundestagswahl nicht mehr in diese Vorstandslegislatur fällt, bleibt unser Anspruch unverändert: **Wir kämpfen für jede linke Stimme, immer und auf jeder Ebene!**

Im April steht die **Neuwahl des Jugendparlaments** an – eine entscheidende Chance, um starke linke Stimmen in die kommunale Jugendpolitik zu bringen. Unser Ziel ist klar: **Wir wollen unsere Juso-Kandidat:innen aktiv unterstützen und gemeinsam für eine progressive Politik kämpfen.** Dafür bündeln wir unsere Kräfte, setzen auf eine effektive Wahlkampfstrategie und bringen unsere Inhalte durch Öffentlichkeitsarbeit offensiv nach vorne.

Unser Engagement endet nicht mit der Wahl. Wir wollen uns sowohl innerhalb der Jusos als auch der SPD aktiv an einem echten **Reflexionsprozess** beteiligen und auch über die Themen sprechen, die oft schmerzhaft sind. Unsere erarbeiteten Positionen und Forderungen sollen über den Wahlkampf hinaus wirksam bleiben. Wir werden innerhalb der SPD weiterhin für unsere Inhalte kämpfen – programmatisch, organisatorisch und letztlich auch personell. Besonders am **Stadtparteitag** wollen wir uns engagiert und kritisch-solidarisch einbringen, um sicherzustellen, dass unsere Werte und Ziele gehört und umgesetzt werden. Uns reicht nicht nur das Versprechen einer Veränderung, wir wollen sie sehen.

Zum Ausbildungsbeginn im August und September möchten wir gezielt auf junge Menschen in Leipzig zugehen. Mit unserer Azubi-Kampagne setzen wir uns dafür ein, ihre Interessen sichtbar zu machen und sie für unsere jungsozialistische Politik zu begeistern. Auch zum Studienstart werden wir mit Veranstaltungen und Aktionen vor Ort sein, um Studierende anzusprechen und für unsere politische Arbeit zu interessieren.

Nach zwei Jahren intensiver Auseinandersetzung mit dem demokratischen Sozialismus in Theorie, wollen wir 2025 den Fokus auf die Praxis legen. Unsere Kampagne „**Solidarität in Aktion**“ zeigt, was sozialdemokratische Politik vor Ort bedeutet: Wir gehen zu den Menschen, hören zu und setzen uns für ihre Anliegen ein.

Mit KüFas, Haustürgesprächen und direkter Ansprache schaffen wir Begegnungen, die über den Wahlkampf hinausgehen. Unser Ziel ist es, den direkten Austausch mit den Bürger:innen auszubauen – denn echte Veränderung beginnt im Dialog. Ergänzend dazu bieten wir Veranstaltungen an, die den Prozess sowohl im Verband als auch in der Stadtgesellschaft sichtbar voranbringen.

Ein immer wiederkehrender Teil unserer Arbeit ist der **Kampf gegen Rechts**. Es ist ein wichtiges Zeichen, dass sich viele Jusos im antifaschistischen Kampf engagieren. Denn die Gefahr für unsere Demokratie wächst. Ob Schwurbl*innen, die Hand in Hand mit Neonazis und sonstigen Faschist*innen am Montag um den Ring ziehen oder rechte Bündnisse, die sich immer wieder in unsere Stadt wagen. Wir sind da, wir blockieren und geben keinen Fußbreit dem Faschismus!

Doch rechte Ideologien und ihre Anhänger*innen werden nicht nur auf der Straße bekämpft. Daher wollen wir unsere **Mitarbeit in Bündnissen und Netzwerken** fortsetzen, wie auch die innerverbandliche Bildung zu rechten Strukturen und rechter Gewalt. Ein besonderes Augenmerk wollen wir zudem auf die Fortführung unserer Arbeit **gegen die Kriminalisierung von Antifaschismus** legen.

Unser **Engagement gegen jeden Antisemitismus** gehört zum harten Kern unserer politischen Arbeit. Auf verschwörungsideologischen Demonstrationen gehört Antisemitismus zum Standard-Repertoire. Antisemitische Anschläge setzen antisemitische Gedanken in die Tat um. Und auch im privaten Raum scheint offener Antisemitismus immer weiter vorzudringen. Die gesellschaftliche Linke durchzieht ein regressiver Antikapitalismus, dessen verkürzte und personifizierte Kapitalismuskritik antisemitische Ressentiments und Chiffren bedient. Diese Form der Kapitalismuskritik verurteilen wir und erkennen Akteur*innen aus diesem Kontext nicht als Bündnispartner*innen für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen an. In einer Zeit, in der jüdisches Leben in Deutschland durch Sicherheitsmaßnahmen eingeschränkt werden muss, sollte uns klar sein, dass sich Geschichte wiederholen kann und dass wir nicht zusehen dürfen, bis es zu spät ist. „Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen“ - dieser Ausspruch des Auschwitz-Überlebenden Primo Levi ist uns eine Mahnung. Wir Jusos Leipzig stehen solidarisch an der Seite der Jüdinnen und Juden in Leipzig und auf der ganzen Welt. Für uns beinhaltet das eine ungebrochene Solidarität mit dem einzigen Staat, in dem Jüdinnen und Juden sicher sind vor Antisemitismus – Israel. Unsere Zusammenarbeit mit dem jungen Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft wollen wir fortführen.

People of Color und Menschen mit Migrationsgeschichte sind in Sachsen einer finsternen Realität ausgesetzt. Täglich erfahren sie strukturellen Rassismus. Unserem **antirassistischen Kampf** liegt unsere sozialistische Analyse der Gesellschaft zugrunde. Wir wollen eine Gesellschaft der Freien und Gleichen, frei von jeglicher Diskriminierung aufgrund der Zuschreibung einer ethnischen Gruppe. Den theoretischen Unterbau unseres Kampfes gegen strukturellen Rassismus wollen wir im kommenden Arbeitsjahr ausbauen und mit konkreten politischen Forderungen und Handlungen verknüpfen. Dieser Antirassismus soll sich auch innerhalb unseres Verbandes zeigen.

Ebenso wollen wir unsere **Erinnerungs- und Gedenkarbeit** fortführen.

Der **Kampf gegen schlechte Löhne und widrige Arbeitsbedingungen** ist sozialistische Praxis. Eine entschiedene Bewegung aus Arbeiter*innen und Beschäftigten wird wichtige Erfolge im antikapitalistischen Kampf erringen. Wir wollen deshalb an ihrer Seite stehen und gemeinsam für eine gerechte Welt kämpfen, mit weniger geben wir uns nicht zufrieden. Die Politisierung dieser Kämpfe wollen wir gemeinsam mit unseren Bündnispartner*innen vorantreiben – ohne die Belange der Beschäftigten zu instrumentalisieren. Auch der politische Streik muss in Deutschland legitimes Mittel der demokratischen Auseinandersetzung werden.

Mausig – Unser Verband

Ein wichtiges Zentrum unserer Mitgliederbindung ist die **Regelmäßigkeit der Juso-Veranstaltungen**. Im vergangenen Jahr trafen wir uns alle zwei Wochen immer dienstags. An diese Handhabung möchten wir anknüpfen und einen geeigneten Wochentag ausmachen, um die regelmäßigen Treffen fortzusetzen. In den anderen Wochen trifft sich der Stadtvorstand zu einer **offenen Vorstandssitzung**. Hier soll neben der inhaltlichen Arbeit des Vorstandes jedem Verbandsmitglied oder Interessierten die Möglichkeit gegeben werden, die eigenen Ideen in den Verband einfließen zu lassen.

Wir wollen in Zukunft wieder vermehrt auf **offene und niedrigschwellige Socialising-Formate** setzen. Vor allem in der Sommerpause und im Dezember soll es Treffen geben die eine lockere Atmosphäre schaffen, um neue wie gestandene Genoss*innen zusammenzubringen und für die politische Juso-Arbeit zu motivieren.

Um den langfristigen Wissenstransfer innerhalb unseres Verbands zu gewährleisten, werden wir die **digitale Datenbank** unserer inhaltlichen Arbeit weiter ausbauen. Sie bietet allen Mitgliedern die Möglichkeit, sich schnell und unkompliziert über unsere Positionen zu informieren und einen einfachen Zugang zu unserem Verband zu finden. Ein erster Entwurf ist bereits auf unserer Website verfügbar – nun gilt es, ihn zu vertiefen und regelmäßig mit neuen Inhalten zu füllen.

Diese digitale Wissenssammlung ist Teil einer umfassenden **Neumitgliederarbeit**. Neben der Datenbank setzen wir auf persönliche Begegnungen – sei es beim **Neumitgliederbrunch**, bei **Grundwerteworkshops** oder anderen Vernetzungsformaten.

Wir Jusos Leipzig setzen uns konsequent für emanzipatorische und feministische Werte ein. Mit der **#feminismusbande** haben wir im letzten Jahr einen wichtigen Raum für Vernetzung und Empowerment geschaffen, den wir in diesem Jahr weiter stärken wollen. Gleichzeitig starten wir mit dem Queeren Salon eine Plattform für die Queervernetzung. Unser Ziel ist es, sichere und unterstützende Räume für alle Genoss*innen innerhalb des Verbandes zu schaffen. Der Stadtvorstand wird diese Initiativen je nach Bedarf mit voller Kraft unterstützen.

Langfristig wollen wir unseren Verband so weiterentwickeln, dass emanzipatorische

Korrektive immer weniger nötig werden. Deshalb setzen wir auch in diesem Jahr auf eine starke **feministische, antirassistische und queere Bildungsarbeit** für den gesamten Verband.

Ein sicheres und respektvolles Miteinander ist nicht die Aufgabe einzelner, sondern eine **gemeinsame Verantwortung aller Mitglieder** unseres Verbandes. Deshalb setzen wir uns dafür ein, Awareness-Arbeit fest in unserer Verbandskultur zu verankern.

Konkret bedeutet das: Wir werden weiterhin ein **Awareness-Team** auf jeder größeren Veranstaltung stellen, um vor Ort für ein sicheres Klima zu sorgen. Gleichzeitig wollen wir das Bewusstsein für Awareness in der gesamten Mitgliedschaft stärken. Dafür setzen wir auf **Workshops und kontinuierliche Schulungen**, um die nötigen Kompetenzen zu vermitteln und Awareness als selbstverständlichen Teil unserer politischen Praxis zu etablieren.

Awareness ist kein Zusatz, sondern eine Grundvoraussetzung für eine offene und solidarische Verbandsarbeit – und wir werden sie weiter stärken!

Trotz einiger Herausforderungen war das letzte **Verbandswochenende** ein voller Erfolg und wurde positiv aufgenommen. Wir wollen aus diesen Herausforderungen lernen. Deshalb möchten wir dieses Format in diesem Jahr fortführen. Die Ergebnisse sollen als Grundlage für ein aktives und engagiertes Juso-Jahr dienen.

Das Niveau unserer Öffentlichkeitsarbeit wollen wir beibehalten und nach Möglichkeit weiter stärken und so etablieren. Dabei sehen wir vor allem eine personelle **Stärkung des Social-Media-Teams** geboten. Der Stadtvorstand wird im kommenden Jahr ein neues Social-Media-Team gründen und es bei der Ausarbeitung eines umsetzbaren Prozesses unterstützen. Darüber hinaus wollen wir unsere Pressearbeit weiter pflegen.

Herz an Herz – Unsere Bündnispartner*innen

Als größte Arbeitsgemeinschaft und **linkes Korrektiv der Stadtpartei** stehen wir im kritisch-solidarischen Verhältnis zur SPD. Diese besondere Stellung werden wir nutzen, um mit den **SPD-Abgeordneten und -Stadträt*innen** in einen regelmäßigen Austausch zu treten.

Dadurch soll die Arbeit der Abgeordneten und Stadträt*innen für uns nachvollziehbarer werden. Zugleich werden wir diese Termine nutzen, um unsere Anliegen bei den Mandatsträger:innen deutlich zu machen. Vor den Treffen legen wir Kernthemen fest, über die wir sprechen möchten. Dieser Austausch soll für uns Jusos auch eine Gelegenheit sein, unsere Abgeordneten besser kennenzulernen.

Unser Engagement in verschiedensten **Bündnissen** und **Netzwerken** führen wir fort und stärken sie weiter. Zum Aktionsnetzwerk **“Leipzig nimmt Platz”** sowie dem Bündnis zum **Christopher Street Day** tragen wir unseren Teil bei. Wir rufen zu Demonstrationen auf, wenn diese uns inhaltlich nahestehen.

Die enge Zusammenarbeit mit der **Juso-Hochschulgruppe (JHG)** setzen wir fort. Mit den **Juso-Schüler*innen und -Azubis (JSAG)** wollen wir das engere Arbeitsverhältnis verstetigen. Die Einbeziehung von Vertreter*innen von JHG und JSAG ebenso wie gemeinsame Veranstaltungen, abgestimmte Öffentlichkeitsarbeit und vieles mehr sind eine Bereicherung für unsere politische Arbeit. Wir sind froh, dass die JHG und JSAG vor Ort so aktiv sind und unterstützen sie fortwährend, nach Möglichkeit.

Auch mit dem **Landesvorstand** der Jusos Sachsen arbeiten wir eng zusammen und tragen so zur inhaltlichen und strukturellen Weiterentwicklung des Gesamtverbands bei. Dazu laden wir regelmäßig die Landesvorsitzenden zu unseren Veranstaltungen ein und nutzen unsere Verbindungen in den Landesvorstand. Des Weiteren nutzen wir die Veranstaltungen des

Landesvorstands zum **Austausch mit anderen sächsischen Juso-Gliederungen**.
Besonders mit den anliegenden Juso-Unterbezirken (Nordsachsen und Landkreis Leipzig) streben wir einen engen Austausch und gegenseitige Unterstützung, z. B. im Wahlkampf, bei Demos oder vor Landesdelegiertenkonferenzen an.

Als linke Parteilugenden sind uns die Linksjugend Leipzig und die Grüne Jugend Leipzig enge Bündnispartner*innen, mit denen wir die gute Zusammenarbeit aus der Vergangenheit im kommenden Jahr fortsetzen und vertiefen wollen. Gleiches gilt für die Gewerkschaftsjugenden.

Die Kampagne **Wir Fahren Zusammen** verbindet den Kampf der Beschäftigten im öffentlichen Personennahverkehr für bessere Löhne und gute Arbeitsbedingungen mit dem Kampf für eine bessere Klimapolitik. Wir wollen die Leipziger WFZ-Gruppe bei den bevorstehenden Tarifaueinandersetzungen unterstützen. Wir fahren zusammen

Begründung: erfolgt mündlich

Titel: Unsere Zukunft: Solidarität in Aktion

Einbringer*in: Hannah Lilly Lehmann

Die Vollversammlung der Jusos Leipzig möge beschließen:

Einleitung

Liebe Genoss*innen,

was haben wir gekämpft, die vergangenen zwei Jahre. Als Jugendverband standen wir 2023 vor der riesigen Herausforderungen eines sich vollziehenden Generationenwechsels. Viele Gesichter, die die Jusos Leipzig über viele Jahre geprägt hatten, waren auf einmal nicht mehr da. In diesem Moment haben wir uns entschlossen, eine Kampagne ins Leben zu rufen, die provokant zeigt: Wir wollen kämpfen!

So entstand unser Claim "Sozialist*innen trotz SPD und alledem." nicht als stumpfe Kritik an einer SPD in Regierungsverantwortung, sondern als kritischer Blick auf uns selbst und unsere Ziele. Diese Kampagne war Reibungspunkt und Projektionsfläche. Nicht nur für uns Jusos, sondern für Genoss*innen in der SPD und andere über die Partei hinaus. Am Ende stehen wir vor einem Berg an Gelerntem und an Erfahrungen, auf denen dieses Manifest gebaut ist.

In den vergangenen zwei Jahren haben wir aber weitaus mehr gemacht als Kampagne für einen demokratischen Sozialismus. Jungsozialistische Politik hieß von 2023 bis 2025 vor allem auch, das Gleichgewicht zwischen in riesigem Maße gebotener Kritik an der SPD und vier Wahlkämpfen zu finden. Utopische, moralische und strategische Konflikte taten sich auf.

Diese Konflikte haben wir nicht nur als Verband ausgetragen, sondern auch jede*r einzelne Genoss*in in sich selbst. Und wir alle wissen, in den vergangenen zwei Jahren haben auch einige die SPD und damit auch die Jusos Leipzig verlassen. Es ist richtig, das eigene Engagement immer wieder auf den Prüfstand zu stellen und für sich – ganz persönlich – zu reflektieren: Ist meine Zeit hier immer noch am besten investiert?

Das ist eine faire Frage. Niemand verschwendet gern Zeit. Dieses Manifest soll deshalb auch die Frage beantworten, wieso sich der Kampf lohnt und welche Ziele wir konkret verfolgen. Denn eines ist klar: die kommenden Jahre werden nicht einfacher.

Keine der vier Wahlen in 2024 und 2025 ist sonderlich erfolgreich für die SPD ausgegangen. Das wollen wir als Perspektive für die Zukunft nicht hinnehmen. Denn auch wir haben ein Interesse, dass von diesem Laden hier noch etwas übrig bleibt.

Dafür braucht es kluge und solidarische Antworten. Die Fliehkräfte in dieser Partei wirken stark und schnell. Der Rechtsruck der vergangenen zwei Jahre hat diese Partei erfasst und das Ergebnis davon zeigen Europa- und Bundestagswahl. Ein konservativer Kurs nützt der SPD wenig. Wir müssen die Mitte nach Links bewegen, anstatt rechten Hetzer:innen nach dem Mund zu reden. Als Jusos kämpfen wir für linke Mehrheiten und für eine SPD als Programmpartei, die diese herstellt.

Zum Bedauern einiger unserer Genoss*innen können wir bei den Jusos Leipzig nicht die Weltrevolution starten. Den Anspruch zu formulieren von hier aus, eine gesamte Partei und eine gesamte Republik umzugestalten wäre vermessen und töricht.

In diesem Manifest soll es daher darum gehen, was dieser Jugendverband konkret und direkt hier vor Ort in der Stadt Leipzig und seiner SPD bewirken will und wie wir dies fertig

bringen wollen. Diese strategische Offenheit mag überraschen, aber sie ist nicht mehr als die Entsprechung unseres Anspruchs ein demokratisch-sozialistischer, feministischer, internationalistischer und antifaschistischer Jugendverband zu sein. Die Ausrichtung dieses Verbandes geht uns alle an und alle Genoss*innen sollen die Chance haben, daran mitzuwirken.

In diesem Manifest erklären wir unsere Ziele und politische Handlungsweisen für die kommenden Jahre. Dieses Manifest erhebt niemals den Anspruch, vollständig oder abschließend zu sein. Es ist ein Impuls für euch.

Ein Impuls, der euch auch die Möglichkeit bieten soll, abzuschätzen, ob und wie ihr euch hier in diesem Laden engagieren wollt. Wir zählen auf euch und eure Ideen!

Dieses Manifest ist das Ergebnis aus zwei Jahren Kampagne "Sozialist*innen trotz SPD und alledem.", in denen wir uns als Verband gebildet und weiterentwickelt haben. In diesem Zeitraum haben viele verschiedene Persönlichkeiten unseren Jugendverband gestaltet und geprägt. Nicht alle konnten bei der Erstellung der Texte in diesem Kampagnenmanifest mitwirken. Aber wir wissen, ohne ihren Einsatz, ohne ihr Engagement, stünden wir nicht dort, wo wir heute stehen. Dafür gebührt euch allen ein riesiger Dank.

Lasst uns die kommenden Jahre engagiert, klug und stets kritisch unsere jungsozialistische Politik in dieser SPD vorantreiben. Und lasst uns dabei das Wichtigste nie aus den Augen verlieren: Unsere Solidarität füreinander.

Freundschaft!

Euer Vorstand der Jusos Leipzig 2024-25

Fazit aus unserer Sozialismuskampagne

Die Sozialismuskampagne hatte das Ziel, die theoretische und praktische Auseinandersetzung mit dem Sozialismus innerhalb unseres Verbandes zu vertiefen. Wir gaben wenig auf abstrakte Begriffe, sondern setzten auf ganz konkrete Fragen: Wie kann eine sozialistische Wirtschaft aussehen? Welche Rolle spielt Technologie? Welche gesellschaftlichen Veränderungen sind notwendig, um soziale Gerechtigkeit wirklich durchzusetzen? Mit wem können wir diese Kämpfe führen? Wie verbinden wir Kämpfe? In diesem Kapitel wollen wir noch einmal darauf zurückblicken, welche Schwerpunkte wir gesetzt haben, welche Diskussionen geführt wurden und welche Schlüsse wir für unsere zukünftige Arbeit ziehen.

Die Verräterpartei wird 160 Jahre alt.

Unsere Sozialismuskampagne begann mit einer großen Auftaktveranstaltung zur Frage: „Was ist die Berechtigung der SPD, nach 160 Jahren noch Politik zu machen?“. Das Podium mit Daniela Kolbe, Mareike Engel und Ines Schwerdtner, moderiert von Irena Rudolph-Kokot, stieß auf unerwartet großes Interesse. Das war nicht zuletzt unserem provokanten Marketing mit dem Slogan "Die Verräterpartei wird 160 Jahre alt." geschuldet.

In der Diskussion wurde klar: Die SPD hat eine widersprüchliche Geschichte, die sowohl fortschrittliche als auch rückschrittliche Momente kennt. Wesentlich ist jedoch, dass der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit nach wie vor besteht. Die SPD muss sich entscheiden, ob sie diesen Widerspruch weiter ignoriert und den Kapitalismus verwaltet – oder ob sie sich wieder stärker an die Seite der 95% stellt.

Besonders kontrovers diskutiert wurde das Verhältnis zwischen Parteibasis und

Parteispitze. Anhand von Beispielen wie „Deutsche Wohnen Enteignen“ wurde deutlich, dass die SPD oft zwischen ihrem linken Anspruch und der Realität politischer Macht laviert. Auch die mangelnde Finanzierung progressiver Projekte wie der Kindergrundsicherung zeigt, dass sozialdemokratische Reformprojekte oft verwässert oder ausgebremst werden.

Unsere Schlussfolgerung aus dieser Diskussion war eindeutig: Wenn die SPD als linke Kraft eine Zukunft haben will, muss sie wieder eine klarere antikapitalistische Grundhaltung entwickeln. Sie darf sich nicht darauf beschränken, bestehende Probleme zu verwalten, sondern muss die Gesellschaft aktiv verändern wollen. Als Jusos Leipzig war uns nach diesem Auftakt klar: Wir wollen weiter Druck machen, damit die SPD sich in diese Richtung bewegt – denn eine Sozialdemokratie ohne demokratisch-sozialistische Perspektive hat keine Zukunft.

Kapitalismus abschaffen – aber wie?

Die Sozialismuskampagne war unser Versuch, uns als Verband grundsätzlicher mit sozialistischen Ideen auseinanderzusetzen – nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch. Uns ist klar: Kapitalismus bedeutet Krise. Sei es die Klimakatastrophe, steigende Mieten oder die immer schlechteren Arbeitsbedingungen – all das ist kein Zufall, sondern die direkte Folge einer Wirtschaftsordnung, die Profite über Menschen stellt. Doch wie kommen wir raus?

In unseren Veranstaltungen haben wir diskutiert, wie eine sozialistische Wirtschaft aussehen kann:

- Demokratische Planwirtschaft – eine Wirtschaft, in der nicht Konzerninteressen, sondern gesellschaftliche Bedürfnisse den Kurs bestimmen
- Marktsozialismus – ein Modell, das Märkte teilweise erhält, aber unter kollektiver Kontrolle
- Vergesellschaftung zentraler Wirtschaftsbereiche – weil Wohnen, Energie oder Gesundheitsversorgung nicht profitorientiert sein dürfen

Eins ist klar: Der Kapitalismus wird sich nicht von selbst abschaffen, und die SPD wird es auch nicht von selbst für uns tun. Es liegt an uns, strategisch Kämpfe zu organisieren und Druck aufzubauen.

Künstliche Intelligenz – Werkzeug oder Waffe?

Technologischer Fortschritt kann uns befreien – oder noch stärker unterdrücken. KI könnte genutzt werden, um gesellschaftliche Prozesse gerechter zu gestalten, Arbeit zu erleichtern oder Ressourcen effizienter zu verteilen. Doch in den Händen von Konzernen ist sie vor allem ein Instrument zur Profitmaximierung: zur Überwachung, zum Arbeitsplatzabbau oder zur Verschärfung sozialer Ungleichheiten.

Unsere Diskussionen haben gezeigt: Es reicht nicht, sich gegen Missbrauch auszusprechen – wir brauchen eine demokratische Kontrolle über Technologie selbst. Ohne kollektives Eigentum an den Produktionsmitteln bleibt KI ein Werkzeug der Herrschenden.

Wohnungspolitik statt Wohnungspolitik

Leipzig ist eine Stadt der Mieter*innen. Mit einer Mieter*innenquote von deutlich über 80 % ist der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum eine der zentralen sozialen Fragen unserer Stadt. Gleichzeitig erleben wir ein enormes Wachstum: Keine andere Stadt in Deutschland ist in den vergangenen zehn Jahren so stark gewachsen wie Leipzig. Während wir diese

Entwicklung als Ausdruck der Attraktivität unserer Stadt begrüßen, stellen wir auch fest, dass das Verschwinden des Wohnungsüberangebots und die rasant steigenden Mietpreise existenzielle Herausforderungen für viele Leipziger*innen mit sich bringen. Innerhalb eines Jahrzehnts sind die durchschnittlichen Angebotsmieten um mehr als 50 % gestiegen, in beliebten Vierteln wie dem Zentrum oder Connewitz liegen sie mittlerweile bei 10 bis 12 € pro Quadratmeter und mehr. Die Gefahr der Verdrängung sozial schwächerer Gruppen ist real, und der Trend zeigt keine Anzeichen einer Umkehr.

Angesichts der Entwicklungen in anderen Großstädten, wo steigende Mieten zu massiven sozialen Verwerfungen geführt haben, müssen wir in Leipzig jetzt entschlossen handeln. Unser Ziel ist eine Wohnraumversorgung, die dauerhaft erschwinglich bleibt und sicherstellt, dass niemand sein Zuhause aufgrund steigender Kosten verlassen muss. Dazu bedarf es einer grundsätzlichen Neubewertung der Rolle von Wohnraum: Wohnen ist ein Menschenrecht und kein Spekulationsobjekt.

Wohnen ist keine Ware!

Wohnraum ist in unserer Gesellschaft eine Ware, die am Markt gehandelt wird, obwohl sie für jede/n Einzelne/n eine essenzielle Lebensgrundlage darstellt. Der Mietpreis setzt sich zusammen aus den Bau- und Unterhaltskosten, den erwarteten Leerstandskosten, der Grundrente sowie dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage. Besonders die Grundrente spielt eine problematische Rolle: Sie beschreibt die Einnahmen, die Eigentümer*innen allein aus dem Besitz eines bestimmten Grundstücks erzielen können, ohne selbst Wertschöpfung zu leisten. Dies führt zu Spekulation, Gentrifizierung und Verdrängung. Während in den vergangenen Jahrzehnten ein Angebotsüberhang die Mieten niedrig gehalten hat, ist diese Phase nun vorbei. Die Knappheit von Wohnraum wird verschärft durch spekulativen Leerstand, aufgewertete Viertel und renditeorientierte Investor*innen, die durch Luxussanierungen und Umwandlungen in Eigentumswohnungen ihre Gewinne maximieren wollen. Ohne ein starkes politisches Eingreifen werden die Mietpreise weiter steigen, und einkommensschwache Haushalte werden gezwungen sein, an den Stadtrand oder ins Umland auszuweichen.

Forderungen und Maßnahmen

Um eine soziale Wohnungspolitik zu gestalten, die nicht dem Markt, sondern den Menschen dient, setzen wir uns für die folgenden Maßnahmen ein:

1. Neubau und Sanierung sozial ausrichten

- Ausbau und Stärkung der kommunalen Wohnungsgesellschaft LWB, insbesondere durch bevorzugten Zugang zu Bauland.
- Enteignung von Wohnraum, der seit mehr als zehn Jahren ungenutzt ist, zugunsten der städtischen LWB.
- Förderung von seriellen und modularen Bauweisen zur Kostensenkung.
- Abschaffung der Stellplatzpflicht bei Neubauten, um Baukosten zu reduzieren.
- Fokussierung auf mehrgeschossige Bauweise statt flächenintensiver Einfamilienhaussiedlungen.

2. Mieter*innenschutz ausbauen

- Striktere Mietpreisbegrenzungen und Ausweitung der Mietpreisbremse.
- Begrenzung von Mieterhöhungen nach Sanierungsmaßnahmen auf ein soziales Maß.
- Einführung eines kommunalen Vorkaufsrechts für bedrohten Wohnraum.
- Einführung einer Zweckentfremdungssatzung zur Bekämpfung von spekulativem Leerstand.

3. Genossenschaften und gemeinwohlorientiertes Wohnen stärken

- Wieder-Einführung der 1989 abgeschafften Wohnungsgemeinnützigkeit auf Bundesebene.

- Steuerbefreiung für gemeinnützige Wohnungsunternehmen bei Verzicht auf Profitmaximierung.
 - Städtische Unterstützung für Wohnungsbaugenossenschaften und das Mieter*innensyndikat.
 - Kommunale Förderung von genossenschaftlichem Wohnungsbau durch bevorzugten Zugang zu Bauflächen.
4. Bodenpolitik reformieren
- Kommunale Ankaufspolitik für strategische Bodenreserven nach Vorbild der Stadt Ulm.
 - Vergabe städtischer Flächen nur noch in Erbpacht mit sozialverträglichen Mietobergrenzen.
 - Langfristiges Ziel: 50 % des städtischen Wohnraums in gemeinwohlorientierte Trägerschaft überführen.
 - Verbot von Investitionen in Wohnimmobilien durch staatliche Rentenfonds, um Interessenkonflikte zu vermeiden.

Wir müssen uns von der neoliberalen Wohnungspolitik verabschieden, die den Wohnraum dem freien Markt überlässt. Stattdessen fordern wir eine soziale Wohnungspolitik, die sich am Gemeinwohl orientiert und das Menschenrecht auf Wohnen in den Mittelpunkt stellt. Nur durch langfristige Maßnahmen zur Dämpfung des Wohnungsmarktes, die Begrenzung der Profitorientierung und die Rückgewinnung von Grund und Boden können wir die Verdrängung einkommensschwacher Haushalte stoppen und Leipzig zu einer Stadt machen, in der alle Menschen gut und bezahlbar wohnen können.

Feministische Stadtplanung – Machtverhältnisse sichtbar machen

Stadtplanung ist immer politisch. Öffentliche Räume sind nicht für alle gleich zugänglich – Frauen, queere Menschen, migrantische Communities und Menschen mit Behinderung werden oft strukturell ausgeschlossen. In unserer Kampagne haben wir uns gefragt: Wie kann eine Stadt aussehen, die sich nicht an Profitinteressen, sondern an den Bedürfnissen der Menschen orientiert?

Unsere Antworten sind unter anderem:

- Mehr sichere und barrierefreie Räume
- Kostenlose und gut ausgebaute soziale Infrastruktur
- Demokratische Mitbestimmung in der Stadtentwicklung

Wer die Stadt für die Menschen plant, muss die kapitalistische Logik durchbrechen.

Heute ist kein Arbeitstag!

Theorie ohne Praxis bleibt wirkungslos. Deshalb haben wir nicht nur diskutiert, sondern uns auch aktiv in Kämpfe eingemischt – besonders in der Kampagne „Wir fahren zusammen“. Gemeinsam mit ver.di, EVG, Fridays for Future und den Kolleg*innen der LVB haben wir für bessere Arbeitsbedingungen im Nah- und Fernverkehr gekämpft und sie mit der Klimabewegung verbunden.

Wir waren dabei, als Beschäftigte gestreikt haben, haben Unterschriften gesammelt, waren auf der Straße. Und wir haben erlebt: Es gibt eine riesige Solidarität – aber sie muss organisiert werden. Es liegt an uns, uns zu vernetzen, zu mobilisieren und den Druck aufrechtzuerhalten.

Fazit: Demokratischer Sozialismus bleibt unsere Aufgabe

Unsere Sozialismuskampagne hat gezeigt: Die Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus und seinen Alternativen ist notwendig denn je. Die Krisen unserer Zeit – von der

Klimakatastrophe über die Wohnungsfrage bis hin zur sozialen Spaltung – sind Ausdruck eines Systems, das Profite über Menschen stellt. Doch wir haben auch gesehen: Veränderung ist und muss möglich sein. Ob durch Streiks, Initiativen oder den Kampf in den politischen Parteien – es gibt viele Wege, die kapitalistische Ordnung infrage zu stellen. Ein zentraler Erkenntnisgewinn aus unserer Kampagne ist, dass Theorie und Praxis untrennbar verbunden sind. Wir müssen weiter darüber diskutieren, wie eine demokratisch-sozialistische Gesellschaft konkret aussehen kann – aber wir dürfen nicht in der Theorie verharren. Es liegt an uns, Kämpfe zu verbinden, Strategien zu entwickeln und Druck aufzubauen. Die SPD steht dabei an einem Scheideweg: Sie kann weiter den Kapitalismus verwalten oder sich endlich wieder an die Seite der 95 % stellen. Klar ist: Ohne eine starke jungsozialistische Bewegung wird es keine grundlegenden Veränderungen geben.

Für uns als Jusos Leipzig bedeutet das: Unsere Arbeit hört hier nicht auf. Wir werden weiter für eine Gesellschaft kämpfen, in der nicht Profite, sondern Menschen im Mittelpunkt stehen – in der SPD, auf der Straße und überall. Der demokratische Sozialismus ist keine Utopie, sondern eine Aufgabe. Und wir sind bereit, sie anzupacken.

Unsere Zukunft: Solidarität in Aktion

Unsere Vision ist klar: Eine starke, handlungsfähige und progressive linke Jugendorganisation, die in Leipzig nicht nur Debatten führt, sondern konkrete Veränderungen anstößt. Mit der Kampagne „Unsere Zukunft: Solidarität in Aktion“ setzen wir auf eine langfristige strategische Ausrichtung für die kommenden fünf Jahre, die unseren politischen Einfluss in der SPD und darüber hinaus nachhaltig stärkt.

In den kommenden Jahren legen wir deshalb den Fokus auf drei zentrale Säulen: den Aufbau starker Organisationsstrukturen, eine klare politische Agenda und eine kontinuierliche Präsenz in der Stadtgesellschaft. Mit gezielter Öffentlichkeitsarbeit, direkter Mobilisierung und strategischer Bündnisarbeit sorgen wir dafür, dass linke Positionen nicht nur gehört, sondern auch umgesetzt werden.

Unsere Kampagne ist ein Versprechen: Wir Jusos Leipzig werden laut, unbequem und beharrlich bleiben – in der Partei und auf der Straße. Für eine starke linke Stimme in Leipzig. Für eine Politik, die niemanden zurücklässt.

Ist das nicht zu ambitioniert?

Warum setzen wir auf einen langfristigen Plan? Weil politische Erfolge nicht von heute auf morgen passieren. Sie brauchen Ausdauer, kluge Strategien und eine Bewegung, die weiß, was sie will. Wir wollen nicht nur auf politische Entwicklungen reagieren – wir wollen sie mitgestalten. Dafür brauchen wir eine starke Struktur und einen klaren Plan, wie wir Leipzig solidarischer machen.

Klar, wir haben keine unbegrenzten Ressourcen. Aber wir haben etwas, das mindestens genauso wichtig ist: Engagement, Kreativität und ein starkes Netzwerk. Wir Jusos haben immer gezeigt, dass wir auch mit wenig viel erreichen können – und genau das werden wir weiterhin tun.

Unser Plan ist aber kein starres Regelwerk. Wir wissen, dass sich Dinge ändern und wir flexibel bleiben müssen. Wichtig ist, dass wir unsere Energie gezielt einsetzen und aus unseren Erfahrungen lernen. Die Schwerpunkte, die wir setzen, kommen nicht aus dem Nichts – sie basieren darauf, was euch bewegt und wo wir gemeinsam am meisten bewirken können.

Also, ist das zu ambitioniert? Nein! Wir träumen nicht einfach nur, wir machen Politik – mit einem klaren Ziel und einem Plan, der uns den Weg dorthin zeigt.

Politische Ziele

Unsere Vision ist klar: Wir wollen eine gerechte, solidarische und sozialistische Gesellschaft. Doch das passiert nicht von selbst – es braucht eine starke, gut organisierte Bewegung, die für ihre Überzeugungen einsteht. Unsere politischen Ziele orientieren sich an den realen Herausforderungen in Leipzig und darüber hinaus. Unsere Grundwerte Sozialismus, Feminismus, Internationalismus und Antifaschismus leiten uns. Wir kämpfen für eine solidarische Stadt.

Dafür setzen wir auf eine klare Strategie: Wir stärken unsere Präsenz vor Ort, bauen stabile Strukturen auf und machen die SPD in Leipzig zu einer politischen Kraft, die wieder lautstark für Veränderung steht. Das heißt auch: Wir bringen Jusos in die Parlamente. Unser Ziel ist es, nicht nur innerhalb der Partei Druck zu machen, sondern auch außerhalb der Parlamente Bündnisse zu schließen und gesellschaftliche Mehrheiten zu organisieren.

Präsenz vor Ort: Eine neue Sozialdemokratie in Leipzig prägen

Unsere Politik endet nicht in Sitzungsräumen oder Social Media – sie muss vor Ort in den Stadtteilen sichtbar sein. Wir wollen eine Sozialdemokratie in Leipzig, die nicht nur Wahlkampf betreibt, sondern dauerhaft in den Kiezen präsent ist. Das heißt konkret:

- Haustürwahlkampf als Dauerkonzept: Wir wollen mit den Menschen ins Gespräch kommen – nicht nur vor Wahlen, sondern kontinuierlich. Wer über Politik spricht, kann Politik verändern.
- Aktionen im öffentlichen Raum: Durch Formate wie öffentliche Suppenküchen wollen wir unsere Überzeugungen auf verschiedene Weise an die Menschen bringen.
- Öffentliche Veranstaltungen: Mit Workshops, offenen Diskussionsformaten und Kundgebungen im amerikanischen Rally-Stil schaffen wir Orte für politische Debatte und Organisation.
- Direkte Ansprechbarkeit: Wir Jusos müssen in Leipzig als Anlaufstelle für junge Menschen mit politischen Anliegen wahrnehmbarer sein.

Jusos in die Parlamente!

Um unsere Inhalte wirksam umzusetzen, brauchen wir starke junge Stimmen in den Parlamenten. Unser Ziel bleibt es, Jusos gezielt als Kandidat*innen für Wahlen aufzustellen und in Zukunft eine noch engere Anbindung an unseren Jugendverband zu ermöglichen. Die SPD braucht Jusos, die klare Positionen vertreten – wir sorgen dafür, dass sie in den Gremien und Parlamenten präsent sind. In diesem Spirit blicken wir auf 2029.

Strukturen aufbauen und festigen: 100 aktive Jusos in Leipzig

Politische Kampagnen brauchen eine stabile Basis. Wir setzen uns das Ziel, 100 aktive Jusos in Leipzig zu organisieren – nicht als leere Zahl, sondern als Zeichen für eine starke, handlungsfähige linke Jugendorganisation. Dafür setzen wir auf:

- Bessere interne Vernetzung: Klare Strukturen, transparente Niedrigschwellige Einstiege: Neue Mitglieder sollen sich schnell orientieren können und direkt eine Rolle in der Organisation finden.
- Thematische Arbeitskreise: In inhaltlichen und organisatorischen AGs sollen alle eine Möglichkeit haben, sich nach ihren Interessen einzubringen.

Über die Partei hinaus: Wir als politische Kraft in der Stadtgesellschaft

Unser Anspruch geht über die SPD hinaus. Wir wollen eine eigenständige politische Kraft in Leipzig sein, die sich mit anderen progressiven Akteur*innen vernetzt und linke Mehrheiten auch außerhalb der Parlamente organisiert. Das bedeutet:

- Bündnisarbeit mit Gewerkschaften und linken Gruppen: Wir kooperieren mit der DGB-Jugend, progressiven Parteijugenden sowie Initiativen und Netzwerken wie „Leipzig nimmt Platz“.
- Präsenz auf der Straße: Ob Demos, Protestaktionen oder kreative Kampagnen – wir bringen unsere Forderungen dorthin, wo sie sichtbar sind.

Wir wollen mehr sein als eine Jugendorganisation innerhalb der SPD – wir wollen eine Bewegung sein, die linke Politik in Leipzig entscheidend mitprägt.

Solidarität in Aktion

Die kommenden Jahre stehen unter dem klaren Motto, auf eine starke, handlungsfähige und sichtbare Sozialdemokratie in Leipzig hinzuwirken. Dabei werden wir unsere politische Arbeit nicht nur im Sitzungssaal, sondern vor allem auf der Straße und in den Stadtteilen sichtbar machen. Unser Fokus liegt darauf, junge Menschen zu erreichen, sie in politische Prozesse einzubeziehen und eine breite jungsozialistische Bewegung zu schaffen, die noch aktiver Veränderung gestaltet. Wir möchten anknüpfen an die Themen und Bedürfnisse der Menschen und zeigen, wie linke Politik im Alltag wirken kann.

Präsenz vor Ort

Ein zentrales Element unserer Arbeit wird die verstärkte Präsenz vor Ort sein. Wir wissen, dass politische Arbeit nicht nur in den großen politischen Arenen stattfindet, sondern direkt im Kontakt mit den Menschen. Deshalb haben wir im vergangenen Jahr das Kampagnenwerk-Projekt ins Leben gerufen. Aufgrund der vorgezogenen Wahl konnten wir bisher nur einen Teil der Ziele umsetzen. Aber das soll so nicht bleiben.

Wir setzen auf regelmäßige Haustüraktionen, bei denen wir direkt mit den Menschen ins Gespräch kommen, ihre Sorgen und Anliegen hören und Lösungen anbieten. Dabei geht es nicht nur darum, Wahlkampf zu betreiben, sondern vielmehr darum, eine dauerhafte, vertrauensvolle Präsenz in den Quartieren (Kiezen) aufzubauen und politische Themen nach vorne zu stellen, die den Alltag der Menschen betreffen.

Zusätzlich wollen wir Küfas (Küchen für alle) und ähnliche soziale Formate weiter ausbauen. Sie bieten nicht nur Raum für solidarisches Miteinander, sondern auch für politische Bildung und Diskussion. Wie diese Formate organisiert werden können, wird in einem Orga-Blatt im Anhang des Manifests festgehalten. Dort finden sich Checklisten, praktische Hinweise und ein Fahrplan für die Organisation von Küfas und ähnlichen Aktionen – damit unser Engagement vor Ort immer gut strukturiert und nachhaltig umgesetzt wird.

Ein weiteres Format, das wir verstärkt einführen wollen, sind sogenannte Rally-Kundgebungen nach amerikanischem Vorbild. Diese bieten die Möglichkeit, politische Themen auf kreative und breite Weise sichtbar zu machen. Mit solchen Aktionen wollen wir Aufmerksamkeit für sozial gerechte und klimagerechte Themen erzeugen und jungen Menschen eine Plattform bieten, um sich politisch zu beteiligen. Diese Kundgebungen werden nicht nur politische Forderungen auf den Punkt bringen, sondern auch ein Raum für Diskussion, Mobilisierung und Vernetzung sein. Aufgrund des immensen Orga-Aufwands werden wir nicht mehr als zwei Rallies pro Jahr veranstalten können.

Neue Ansprechbarkeit

Neben diesen eher aktiven Formaten wollen wir unsere Ansprechbarkeit für junge

Menschen und alle, die politische Anliegen haben, neu definieren. Dabei geht es nicht nur um klassische Parteiarbeit, sondern um einen offenen Raum für alle, die sich für soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und eine solidarische Gesellschaft einsetzen möchten. Wir wollen eine Anlaufstelle sein, die auf die Anliegen und Sorgen der Menschen hört und gemeinsam Lösungen entwickelt.

Wir wollen zeigen, was klappt

Wir nehmen der SPD nichts weg – im Gegenteil, wir wollen ihr zeigen, was funktioniert, wenn man sich mit Engagement und Ideen einbringt. Unser Ziel ist es, dass die gesamte Partei von diesen neuen, kreativen Formen der politischen Arbeit profitiert und sie in den politischen Alltag integriert. Wir sind nicht nur eine Jugendorganisation, sondern ein Motor für Veränderung und ein kreativer Impulsgeber für die gesamte Partei. Unsere Arbeitsweise soll nicht nur von uns, sondern auch von anderen als Modell für erfolgreiche politische Praxis übernommen werden.

Im Anhang findet ihr detaillierte Hinweise und Anleitungen, wie wir die genannten Formate erfolgreich umsetzen können. Diese sollen nicht nur als theoretische Konzepte dienen, sondern als praktisches Handlungsbuch, das uns auf unserem Weg in den nächsten fünf Jahren begleitet. Wir wollen mit konkreten Maßnahmen und einer klaren Struktur sicherstellen, dass unsere Ziele nachhaltig und mit klarer Wirkung umgesetzt werden.

Überblick Meilensteine und Wahlen

2026: Kommunale Strategien weiterentwickeln

Für die kommenden Jahre steht die Weiterentwicklung unserer kommunalen Strategien im Fokus. Insbesondere die Vorbereitung auf die Oberbürgermeister*innenwahl in Leipzig beginnt jetzt. Wir setzen uns dafür ein, kommunale Themen noch stärker hervorzuheben und unsere Forderungen über die SPD-Ratsfraktion in den Stadtrat zu tragen. Es braucht eine sichtbare, sozial gerechte Politik für Leipzig, und dafür werden wir kämpfen.

2027: OBM-Wahl in Leipzig

Die Oberbürgermeister*innenwahl wird ein wichtiger Prüfstein für die SPD in Leipzig. Unser Ziel ist es, bereits frühzeitig Einfluss auf Kandidaturen und Themenschwerpunkte zu nehmen, damit die SPD als die soziale Kraft in Leipzig wahrgenommen wird – nicht nur im Wahlkampf, sondern kontinuierlich. Diese Wahl wird keine Selbstverständlichkeit, weshalb es einer klaren Strategie bedarf und einer Partei, die über den Wahlkampf hinaus in der Stadt präsent bleibt.

2029: Superwahljahr – Kommunal-, Europa-, Landtags- und Bundestagswahl

Das Superwahljahr stellt uns vor eine große Bewährungsprobe. Die Jusos müssen sich als zentrale linke Jugendorganisation positionieren und sicherstellen, dass stabile linke Inhalte in die Wahlprogramme einfließen. Es braucht starke linke Kandidierende, die für eine konsequent progressive Politik stehen. 2021 haben wir nicht mit „Maß und Mitte“ gewonnen, sondern mit einer klaren linken Agenda und dem Versprechen von Respekt. Unser Ziel ist es, genau diese Themen wieder in den Mittelpunkt zu stellen und die politischen Debatten zu prägen.

Öffentlichkeitsarbeit und Mobilisierung

Um unsere politische Arbeit noch kraftvoller und sichtbarer zu machen, setzen wir auf eine dynamische Mischung aus digitalen und analogen Formaten. Besonders Videos werden für uns ein zentrales Instrument in der Mobilisierung und Öffentlichkeitsarbeit. Mit kurzen, prägnanten Video-Botschaften auf Social Media möchten wir unsere Themen direkt und emotional an junge Menschen herantragen. Videos ermöglichen es uns, komplexe Inhalte verständlich und authentisch zu vermitteln – sei es durch Statements, Interviews oder

kreative Aktionen. Wir wollen dabei auch diverse Perspektiven einfließen lassen, die zeigen, wie unsere Ideen im Alltag wirken und welche Veränderung sie konkret bewirken können.

Social Media bleibt dabei unser wichtigstes Kommunikationsmittel. Durch gezielte Kampagnen, die wir mit ansprechenden Visuals und Storytelling versehen, wollen wir unsere Reichweite maximieren. Dabei nutzen wir nicht nur klassische Share-Pics oder Online-Texte, sondern konzentrieren uns verstärkt auf Videoformate, die unsere Botschaften effektiv verbreiten und zu einer breiten Diskussion anregen.

Doch unsere Öffentlichkeitsarbeit endet nicht im digitalen Raum. Wir möchten auch offline eine starke Präsenz zeigen. Mit Flyern, Bannern und Plakaten, die klare, linke Botschaften verbreiten, und durch die Promotion unserer Inhalte mit Merch, wie Stickern und T-Shirts, setzen wir weitere Akzente. Diese Elemente sind nicht nur Werbemittel, sondern Ausdruck einer breiten Bewegung, die sich sichtbar in der Stadt verankert.

Gerade in einer Stadt wie Leipzig, in der viele andere Gruppen eine vermeintlich linke Politik vertreten, aber nicht die emanzipatorische Haltung einnehmen, die wir brauchen, ist es entscheidend, dass wir als Jusos eine klare und sichtbare Haltung zeigen. Unsere Öffentlichkeitsarbeit wird eine klare Antwort auf diesen Widerspruch liefern – wir werden unsere Werte und Forderungen unmissverständlich in den Raum stellen. Dabei möchten wir junge Menschen für unsere Ideen gewinnen und ihnen zeigen: Die Jusos sind die starke, linke, emanzipatorische Kraft in dieser Stadt!

Bündnisarbeit und Vernetzung

Um unsere Ziele langfristig und nachhaltig umzusetzen, brauchen wir starke Verbündete, denn gemeinsam sind wir in der Lage, mehr zu erreichen. Deshalb setzen wir auf eine enge Zusammenarbeit mit den Arbeitsgemeinschaften und Ortsvereinen in Leipzig sowie anderen Juso-Unterbezirken. Auch auf diese Weise wollen wir in die SPD wirken und linke Mehrheiten schmieden. Gleichzeitig ermöglicht uns diese Vernetzung, auch in ländlicheren Regionen stärker präsent zu sein und die lokalen Strukturen zu stärken. Dieser Verantwortung als großer Stadtverband innerhalb des Juso-Landesverbandes nehmen wir ernst.

Doch unsere Bündnisarbeit endet nicht in der SPD. Es gibt zahlreiche Partner*innen außerhalb der Partei, mit denen wir bereits erfolgreich zusammengearbeitet haben und auch in Zukunft eng zusammenarbeiten wollen. Die DGB-Jugend ist für uns als Jugendorganisation einer Partei der Arbeit eine unverzichtbare Partnerin im Kampf für bessere Arbeitsbedingungen, besonders für junge Auszubildende. Aber auch soziale Bewegungen und antifaschistische Netzwerke wie Leipzig nimmt Platz sind essenzielle Partner*innen, die ein weltoffenes und antifaschistisches Leipzig vorantreiben. Diese Partnerschaften sind für uns genauso wichtig wie die Arbeit innerhalb der SPD, denn wir wissen: Nur wenn wir zusammenarbeiten, können wir den nötigen Druck aufbauen und die Veränderungen erreichen, die wir uns wünschen.

Ein weiterer wichtiger Schritt ist die Organisation linker Mehrheiten auch außerhalb der Parlamente. Durch die Zusammenarbeit mit den Jugendorganisationen anderer progressiver Parteien und das gemeinsame Planen von Aktionen schaffen wir eine breitere, linke Bewegung, die über Parteigrenzen hinweg wirkt und eine nachhaltige Veränderung anstößt.

Auf diese Weise wollen wir unser Wirken über die Partei hinaus in der Stadtgesellschaft stärker verankern. Wir verstehen unsere Rolle als verbindende Kraft in dieser Bewegung.

Dein Platz in der Bewegung

Liebe*r Genoss*in,

du hast etwas, das diese Bewegung stärker macht. Deine Ideen, deine Talente, deine Perspektiven – sie können uns weiterbringen. Ob du kreative Inputs für Aktionen oder Social Media lieferst, organisatorisches Talent mitbringst oder die Fähigkeit hast, Menschen zu motivieren und zu vernetzen – jeder Beitrag zählt. Es gibt viele Wege, sich bei den Jusos zu engagieren, und jeder einzelne ist wertvoll. Unser Verband lebt von der Vielfalt der Stimmen, die sich einbringen, von den unterschiedlichen Erfahrungen, die wir gemeinsam in die politische Arbeit einfließen lassen.

Natürlich ist es nicht immer einfach, sich zu engagieren. Dieser Verband ist ein Ort, an dem du nicht nur politisches Handwerk lernst, sondern auch merkst, dass der Weg zu unseren Zielen oft steinig ist. Aber genau darin liegt der Wert unseres Engagements. Es geht nicht nur um Kritik – es geht darum, wirklich etwas zu verändern. In der SPD, in unserer Stadt und darüber hinaus. Die kommenden Jahre werden herausfordernd, doch wir wissen, dass sie auch ein riesiges Potenzial bieten. Und dafür brauchen wir dich.

Dieses Manifest ist eine Einladung an dich, dich zu engagieren, zu kämpfen und aktiv an einer besseren Zukunft mitzuwirken. Wir haben uns gefragt, wie wir die SPD verändern können. Jetzt liegt es an uns, diesen Weg gemeinsam zu gehen – in welcher Form auch immer du dich einbringen kannst. Dieser Verband bietet dir die Möglichkeit, etwas zu bewegen und diese Bewegung aktiv mitzugestalten.

Wir sind überzeugt: Wenn wir alle einen Beitrag leisten – egal wie groß, egal in welcher Form – können wir nicht nur die SPD verändern, sondern auch die politische Landschaft in Leipzig und darüber hinaus nachhaltig prägen. Dieses Manifest ist der Anfang – es fordert uns auf, nicht nur die Veränderung zu fordern, sondern sie aktiv zu gestalten.

Dein Platz in dieser Bewegung wartet – ganz gleich, welche Fähigkeiten, Ideen oder Erfahrungen du mitbringst. Du bist entscheidend, wenn es darum geht, sozialistische, feministische, internationalistische und antifaschistische Politik in die Tat umzusetzen. Zusammen können wir etwas bewegen. Wir zählen auf dich.

Freund*innenschaft!
Vollversammlung der Jusos Leipzig
Leipzig, den 22. März 2025

Begründung: erfolgt mündlich.

Titel: Wohnungspolitik statt Wohnungsmarktpolitik

Einbringer*in:

Die Vollversammlung der Jusos Leipzig möge beschließen und über den Stadtparteitag der SPD Leipzig an die SPD-Fraktion im Leipziger weiterleiten:

Eine passende und bezahlbare Wohnung für alle. Soziales Wohnen statt Spekulation. Das ist das Ziel der Sozialdemokratie seit jeher. Formuliert in einer Zeit, in der mehrere Familien sich kleinste Zimmer teilen mussten. Ein Erfolg auch sozialdemokratischer Politik ist, dass die prekären Zustände von vor 162 Jahren, als sich der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein in Leipzig gründete, nicht mehr die Realität der Menschen in 2025 sind. Zumindest in Europa. Doch wenn eines so sicher ist, wie die Verbesserungen im Laufe des vergangenen Jahrhunderts, dann dass die wohnungspolitische Geschichte nicht zu Ende erzählt ist und die Herausforderungen riesig sind.

Es ist keine Neuigkeit: Leipzig wächst. Das tut es seit Jahren und das Wachstum flacht in den letzten Jahren eher ab, als dass es ansteigt. Ein Ergebnis dieses Prozesses ist auch, dass es zunehmend schwieriger wird, guten und bezahlbaren Wohnraum zu ergattern. In den letzten Jahren hat sich dieses Problem zugespitzt. Die Tragweite bekommt jede*r zu spüren, der*die es wagt, an einen Umzug zu denken. Noch härter trifft es die, die keine Wahl haben und umziehen müssen oder ein erstes Mal Fuß fassen wollen, in Leipzig. Ein WG-Zimmer in Leipzig unter 350€ ist ohnehin schwer zu finden und dann erwartbar viel gefragt. Renter*innen verbleiben in viel zu großen Wohnungen, da ein Umzug in eine kleinere Wohnung sich nicht rechnet.

Diese Krise der Bezahlbarkeit ist längst zur sozialen Frage geworden. Die Leipziger*innen wohnen zu über 80% zur Miete. Für diese Miete müssen sie monatlich einen immer größeren Anteil ihres Einkommens aufwenden. Besonders bei Menschen mit geringem Einkommen liegt dieser Anteil teils bei der Hälfte ihres Einkommens oder sogar darüber. Und das trotz wohnungspolitischer Bemühungen in die andere Richtung. Dafür hat sich die SPD im Leipziger Stadtrat immer eingesetzt. Häufig gemeinsam mit den anderen progressiven Fraktionen. Diese Bemühungen haben viel bewirkt und zeigen, die Sozialdemokratie ist entschlossen, diese Krise zu bewältigen.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die Haushaltslage der Kommunen ziemlich sicher ausschließt, dass eine kommunale Lösung allein die soziale Frage beantworten kann und guten, passenden Wohnraum in Leipzig für alle wieder bezahlbar macht. Es braucht landes- und bundespolitische Maßnahmen, in einem massiven Umfang. Doch wir werden nicht ruhen und auf die Erlösung warten. Wir werden jedes Instrument ausreizen, um diese Entwicklung umzukehren. Denn jeder Beitrag zählt. Und wir haben die richtigen Lösungen. Das hat die SPD Leipzig bei der Kommunalwahl in Leipzig im vergangenen Jahr nach vorne gestellt.

Auch durch unser starkes Einwirken als Jusos ist die SPD mit einem starken und ambitionierten wohnungspolitischen Programm angetreten.

Die SPD Leipzig ist mit dem klaren Ziel in diese Wahl gegangen, bezahlbaren Wohnraum als Grundrecht zu sichern und die Wohnungspolitik aktiv zu gestalten. Wir setzen auf eine stärkere LWB, um mit mehr Sozialwohnungen den Markt zu entlasten und Mieten langfristig zu stabilisieren. Gleichzeitig wollen wir entschieden gegen Spekulation mit Wohnraum eintreten, strategische Rückkäufe forcieren und städtische Grundstücke bevorzugt für kooperatives und gemeinwohlorientiertes Bauen vergeben. Dabei verfolgen wir eine nachhaltige Stadtentwicklung, die energetische Sanierungen erleichtert, klimafreundliches Bauen fördert und soziale Durchmischung sichert. Unser Anspruch ist es, mit einer starken öffentlichen Wohnraumstrategie den Markt nicht nur zu regulieren, sondern aktiv zu gestalten und so Leipzig als lebenswerte Stadt für alle zu erhalten.

Die Kommunalwahl hat gezeigt, dass die Frage des bezahlbaren Wohnens für viele Leipziger*innen eine zentrale Herausforderung bleibt. Der Wohnungsmarkt ist weiterhin angespannt, und trotz der programmatischen Fortschritte der SPD Leipzig bleibt die Umsetzung vieler wohnungspolitischer Vorhaben hinter den Notwendigkeiten zurück.

Die Wachstumsprognosen für Leipzig zeigen, dass der Druck auf den Wohnungsmarkt bestehen bleibt, während die kommunalen Haushaltsmittel durch stagnierende Einnahmen und steigende Ausgaben unter Druck geraten. Gerade in einem Umfeld knapper Kassen ist es entscheidend, dass wir als Sozialdemokratie eine mutige und konsequente Wohnungspolitik vertreten, die sich nicht dem Diktat des Marktes unterwirft, sondern aktiv steuernd eingreift.

Wohnen ist ein Grundrecht, kein Spekulationsobjekt – diese Grundüberzeugung muss auch weiterhin handlungsleitend sein.

In diesem Antrag wollen wir drei Aspekte einer zukunftsorientierten, sozialen Wohnungspolitik konkretisieren.

Neubau & Sanierungen

Die Bau- und Wohnpolitik steht vor großen Herausforderungen. Steigende Baukosten, begrenzte Ressourcen und die Klimakrise erfordern ein Umdenken in der Art, wie wir unsere Stadt gestalten. Als Sozialdemokratie setzen wir uns deshalb für eine Baupolitik ein, die ökologisch, sozial und zukunftsfähig ist. Klimagerechte Sanierungen und nachhaltiger Neubau müssen konsequent vorangetrieben werden, um bezahlbaren Wohnraum zu sichern, ohne die Klimaziele aus den Augen zu verlieren. Die Herausforderung, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, geht Hand in Hand mit der Verantwortung, unsere Stadt klimafreundlich und zukunftsfähig zu gestalten. Eine sozialgerechte Stadtentwicklung ist nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, sondern auch des ökologischen Verantwortungsbewusstseins. Klimagerechte Sanierungen und nachhaltiger Neubau müssen vorangetrieben werden, um sowohl den sozialen als auch den ökologischen Bedürfnissen gerecht zu werden. Indem wir auf energieeffiziente Sanierungen und umweltfreundliche Materialien setzen, schaffen wir nicht nur bezahlbaren Wohnraum, sondern auch eine lebenswerte Stadt für zukünftige Generationen. Gleichzeitig muss Bauen so gestaltet werden, dass es inklusiv, gendergerecht und denkmalbewahrend ist. Denn eine Stadt, die für alle lebenswert sein soll, muss Vielfalt mitdenken und soziale wie ökologische Verantwortung übernehmen. Die Baubranche ist eine der größten Quellen von CO₂-Emissionen und Umweltbelastungen. Gleichzeitig bietet sie enorme Potenziale, um durch nachhaltige und Konzepte einen positiven Wandel herbeizuführen. Wir Jusos Leipzig fordern ein zukunftsgerichtetes Bauen, das Klimaschutz, soziale Inklusion und wirtschaftliche Resilienz miteinander verbindet.

Unsere Forderungen:

1. Klimagerechte Sanierung und Neubau

Die Herstellung und Verwendung von Baustoffen wie Zement verursacht weltweit etwa 8 % der CO₂-Emissionen. Ein verantwortungsvoller Umgang mit Ressourcen ist daher unerlässlich. Wo immer möglich, müssen Sanierung und Umbau dem Abriss oder Neubau vorgezogen werden.

Unsere Ziele:

- Förderung der Kreislaufwirtschaft: Mineralische Abfälle – vor allem Bau- und Abbruchabfälle – machen mit rund 250 Millionen Tonnen jährlich den größten Abfallstrom in Deutschland aus. Unternehmen wie Concular zeigen, wie Baustoffe aus Abrissgebäuden wiederverwendet werden können, um natürliche Ressourcen zu schonen.
- Recycling und innovative Baustoffe: Wenn Abriss unvermeidbar ist, muss der Einsatz recycelter Rohstoffe zum Standard werden. Politische Maßnahmen sollen diese Verfahren fördern und gesetzliche Hürden abbauen.
- Anpassung gesetzlicher Vorgaben: Bauvorschriften müssen so angepasst werden, dass Recyclingverfahren wirtschaftlich attraktiv werden. Finanzielle Anreize sind notwendig, um die Baubranche zukunftssicher zu machen.
- Sanierung vor Neubau: Öffentliche Mittel müssen prioritär für Sanierungen und Umbauten eingesetzt werden, um Ressourcen zu schonen und die Klimabilanz zu verbessern.

Beispiele aus Leipzig:

- Lindenauer Hafen: Ein Areal mit großem Potenzial für nachhaltige Stadtentwicklung, das jedoch von Abriss und Neubau bedroht ist. Obwohl es alternative Lösungen gibt.
- Kino der Jugend: Ein historisches Gebäude, das mit innovativen Sanierungskonzepten erhalten werden könnte, anstatt dem Abriss preisgegeben zu werden.

2. Zukunftsorientiertes Bauen

Zukunftsorientiertes Bauen muss klimafreundlich, sozial inklusiv und gendergerecht gestaltet werden. Leipzig besteht zu großen Teilen aus Alt- und Bestandsbauten, die klug umgestaltet und modernisiert werden müssen.

Unsere Ziele:

Denkmalschutz & Sozialität vereinen:

- Der Denkmalschutz muss mit sozialen Bedürfnissen in Einklang gebracht werden. Dazu gehört, dass Maßnahmen zur Barrierefreiheit wie Rampen, Fahrstühle oder Stillräume nicht an starren Regelungen scheitern dürfen.
- Der öffentliche Raum soll für alle Menschen zugänglich sein, unabhängig von körperlichen Einschränkungen oder geschlechtsspezifischen Bedürfnissen.
- **Superblocks für Leipzig:**
 - Nach dem Vorbild von Barcelona wollen wir die Abkopplung von wenig genutzten Straßen fördern, um neue soziale Räume der Begegnung und Begrünung zu schaffen.
 - **Vorteile:** Verbesserung der Luftqualität, Reduzierung der Überhitzung in langen Hitzeperioden und Stärkung des sozialen Miteinanders.

Schwammstadt Leipzig:

Das Projekt „Schwammstadt Leipzig“ ist ein wegweisendes Konzept, um Starkregenereignissen zu begegnen. Durch Grünflächen, Regenwasserspeicherung und Versickerung wird Wasser im Stadtraum gehalten. Wir fordern, dass diese Ansätze weiter gefördert und auf andere Stadtteile ausgedehnt werden.

Verhinderung von Flächenversiegelung:

- Maßnahmen zur Reduzierung und zum Ausgleich von Flächenversiegelung müssen verbindlich festgelegt werden.
- Versiegelte Flächen sollten konsequent renaturiert oder so umgestaltet werden, dass sie zur Verbesserung des Stadtklimas beitragen.

3. Inklusive und gendergerechte Architektur:

- Bauprojekte müssen barrierefrei, geschlechtergerecht und sozialverträglich geplant werden. Beispiel: Das Wiener Modellprojekt „Frauen-Werk-Stadt II“, das gezielt auf die Bedürfnisse von Frauen, Familien und marginalisierten Gruppen ausgerichtet ist.

Wir fordern außerdem:

- Gesetzliche Anpassungen: Vorschriften sollen recycelte Baustoffe wirtschaftlich rentabel und flächendeckend einsetzbar machen.
- Förderprogramme: Finanzielle Anreize für Unternehmen, die innovative Recyclingverfahren und nachhaltige Baustoffe einsetzen.
- Priorisierung von Sanierungen: Mittelvergabe muss vorrangig Sanierungsprojekten dienen, nicht ressourcenintensiven Neubauten.
- Barrierefreiheit und Inklusion: Denkmalschutz darf nicht verhindern, dass Gebäude für alle Menschen zugänglich gemacht werden.
- Begrünung und Schwammstadt-Konzepte: Ausbau von Projekten wie „Schwammstadt Leipzig“ zur Bekämpfung von Hitzewellen und Starkregen.

Wohnen ist ein Grundrecht

Wohnen ist nicht nur ein wirtschaftliches Gut, sondern ein Grundrecht, das die Grundlage für Teilhabe an der Gesellschaft schafft. Eine Stadt, die sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst ist, darf Wohnraum nicht dem Markt überlassen. Es geht nicht nur um Zahlen und Flächen, sondern um Menschen und ihre Lebensqualität. Wir Sozialdemokrat*innen wollen dafür sorgen, dass alle – unabhängig von Einkommen und sozialem Status – in unserer Stadt wohnen können. Diese Verantwortung geht weit über die Bereitstellung von Quadratmetern hinaus, denn sie bedeutet: soziale Integration, Chancengleichheit und ein Leben in Sicherheit für alle zu ermöglichen.

Dies schließt eine besondere Verantwortung ein, Wohnungs- und Obdachlosigkeit zu bekämpfen. Kein Mensch soll in Leipzig ohne Wohnung oder gar auf der Straße leben müssen. Zu Beginn des letzten Jahres waren fast 1.000 Menschen obdachlos, Tendenz steigend. Zeitgleich befinden sich nach Angaben der Leipziger Zeitung über 19.000 Wohnungen leer. Davon sind wiederum mehr als die Hälfte seit über einem Jahr leer stehend. In einer Stadt, die in den nächsten Jahren jährlich ca. 5.000 Wohnungen bauen muss, ist das eine nicht hinnehmbare Tatsache.

Wir wissen, dass Menschen aus verschiedenen Gründen wohnungs- oder obdachlos werden. Damit wir allen die Möglichkeit geben können, am gesellschaftlichen Leben zu partizipieren, kämpfen wir dafür, dass Wohnen bezahlbar bleibt. Dabei gibt es mehrere Möglichkeiten, wie man Wohnraum effizient nutzen kann. Neben dem genossenschaftlichen Wohnen und dem Einfluss der Stadt auf die Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft, sind seit letztem Jahr wieder Wohnungsgemeinnützigkeiten möglich. Zusätzlich müssen wir mit Blick auf eine alternde Gesellschaft und neue Möglichkeiten des Zusammenlebens wie Co-Housing-Modellen schauen, wie wir Wohnraum effizient nutzen können.

Darüber hinaus müssen wir die Möglichkeiten zum Wohnungswechsel so einfach wie möglich halten, indem wir eine zentrale Koordinierungsstelle zur Wohnungsvermittlung nach Wiener Vorbild einrichten. Zusätzlich müssen Hürden abgebaut werden. Online-Services sollen unkompliziert, übersichtlich und verständlich gestaltet werden.

Verständlich heißt hier, dass die Services sowohl in verständlicher Sprache, als auch in mehreren Sprachen verfügbar sind, damit niemand durch eine sprachliche Barriere ausgegrenzt wird. Außerdem sollen Direkthilfen bei drohenden Mietrückständen in Form von Zuschüssen oder Darlehen für Familien in prekären Verhältnissen helfen, eine drohende Wohnungslosigkeit zu vermeiden.

Aus diesem Grund fordern wir:

- genossenschaftliches Wohnen und Wohnungsgemeinnützigkeit zu fördern
- Eine kommunale Hausverwaltung nach Vorbild des Wiener Wohnen einzurichten
- Online-Dienstleistungen auszubauen und für jeden zugänglich zu gestalten
- Direkthilfen bei Mietrückständen für Menschen in prekären Verhältnissen
- finanzielle Unterstützung von Einwohner:innen, die sich langfristig entscheiden, in Co-Housing-Modellen zu leben
- die Durchschnittspreise von Wohnraum der LWB auf 6,50 €/m² zu deckeln

Zum anderen sollten wir als Sozialdemokrat:innen den Blick darauf werfen, obdachlose Menschen aus der Obdachlosigkeit zu holen. Dabei halten wir am Housing-First-Ansatz fest. Dies gelingt uns, indem wir Leerbestände durch Sanierungen effektiv nutzen und Obdachlosen damit eine Unterkunft bieten, bis sie sich ins gesellschaftliche Leben integrieren können. Erste Ansätze sind durch das Modellprojekt "Eigene Wohnung" der Stadt Leipzig aufgegriffen. Jedoch ging dieses Modellprojekt zum einen bis Ende 2024 und wird jetzt erstmal evaluiert. Zum anderen waren es letztendlich nur 28 Teilnehmende. Bei einer so rapiden Zahl an Wohnungslosen ist das deutlich zu wenig und muss schnellstmöglich ausgebaut werden.

Darüber hinaus ist wichtig - und das wurde im ersten Zwischenbericht 2022 erwähnt - dass "Housing first" nicht "Housing only" bedeutet. Denn mit Obdachlosigkeit gehen meist auch Behinderungen, psychische Erkrankungen oder Suchterkrankungen einher. Es geht also nicht nur darum Obdachlosigkeit zu bekämpfen, sondern auch den Menschen die Möglichkeit zu geben, sich wieder in das gesellschaftliche Miteinander zu integrieren.

Deshalb soll es dafür Beratungs- und psychosoziale Betreuungsangebote geben und diese möglichst ausgebaut und individualisiert werden. So stellen wir sicher, dass keine Person mit ihren individuellen Herausforderungen oder Hürden wie behördlichen Anforderungen überfordert wird.

Als nächster Schritt muss sichergestellt werden, dass die Teilnehmenden des Housing-First-Ansatzes wieder in einen geregelten Alltag kommen. Das bedeutet, dass man freiwillige Arbeitsangebote und Beschäftigungsprogramme schafft, um einen strukturierten Tagesablauf sicherzustellen. Zusätzlich müssen soziale Interaktionen gewährleistet werden. Ein Problem, welches auch im Modellprojekt erwähnt wurde, ist, dass die Teilnehmenden des Housing-First-Projektes sich isoliert fühlen und der Kontakt zur alten sozialen Gruppe einen Rückfall bedeuten könnte. Um dies zu vermeiden, soll zum einen auch hier die Möglichkeit von Co-Housing-Modellen evaluiert werden. Zum anderen müssen die Gruppenangebote ausgebaut und attraktiver gestaltet werden.

Um dies umzusetzen, fordern wir:

- ein Housing-First-Ansatz, welcher Menschen aus der Obdachlosigkeit holt und wieder in die Gesellschaft integriert
- Die Fortführung und Weiterentwicklung des Modellprojekts "Eigene Wohnung"
- Enteignung von Leerstand, der seit mehr als 5 Jahren ungenutzt ist
- schnelle Sanierungen, von eben jener Wohnungen
- von der Stadt gestellte psychosoziale Betreuung, sowie Sozialberatung, die bei Behördengängen unterstützen sollen
- Arbeitsangebote und Beschäftigungsprogramme schaffen und ausbauen, um eine Integration in einen organisierten Alltag zu gewährleisten

Nur mit einer Wohnungspolitik, die die Bedürfnisse aller im Blick hat, wird Leipzig auch langfristig eine lebenswerte Stadt bleiben.

Finanzierung

Wie die Mehrheit der Städte und Kommunen kämpft auch Leipzig mit finanziellen Schwierigkeiten. Die Aufgaben wachsen, doch die Mittel der Stadt halten nicht Schritt. Bund und Länder lassen die Kommunen strukturell unterfinanziert zurück – ein Problem, das wir auf kommunaler Ebene nicht allein lösen können. Doch während die finanziellen Spielräume enger werden, steigen die Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt weiter an. Die Haushaltslage ist angespannt, die Schuldenbremse zwingt zu Kürzungen statt Investitionen, und doch brauchen wir eine Politik, die entschlossen gegen die Wohnungsnot vorgeht.

Diese Krise verlangt nach mutigen Antworten. Wir werden nicht zusehen, wie die soziale Frage des Wohnens der Sparpolitik geopfert wird. Leipzig muss investieren – in bezahlbare Wohnungen, in eine starke kommunale Wohnungswirtschaft, in eine soziale Bodenpolitik. Schulden sind dabei kein Selbstzweck, aber sie sind auch kein Tabu. Investitionen in sozialen Wohnungsbau und eine gerechte Stadtentwicklung sind Investitionen in die Zukunft unserer Stadt. Deshalb fordern wir eine Haushaltspolitik, die transparent und bedarfsorientiert handelt, statt sich von dogmatischen Sparvorgaben einschränken zu lassen.

Die Schuldenbremse reformieren – Investitionen ermöglichen

Die Schuldenbremse ist eine politische Fehlkonstruktion. Sie zwingt Städte dazu, notwendige Investitionen zu streichen oder auf die lange Bank zu schieben, selbst wenn sie wirtschaftlich und sozial dringend geboten sind. Dieser künstliche Sparzwang verhindert, dass Leipzig aktiv gegen die Wohnungsnot steuern kann.

Wir lehnen die Schuldenbremse ab. Sie muss reformiert werden, um Kommunen wieder die Möglichkeit zu geben, ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Leipzig muss sich mit anderen Städten und Ländern für eine Lockerung der Schuldenregelungen einsetzen. Denn eine Stadt, die wächst, muss auch investieren können – in Wohnen, in soziale Infrastruktur, in eine nachhaltige Zukunft.

Die LWB stärken – mehr kommunalen Wohnraum schaffen

Die Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft ist unser stärkstes Instrument, um bezahlbaren Wohnraum zu sichern. Doch sie kann nur dann ihre volle Wirkung entfalten, wenn sie finanziell in die Lage versetzt wird, ihre Aufgaben zu erfüllen. Deshalb fordern wir:

- Höhere Zuschüsse aus dem Stadthaushalt, damit die LWB mehr Sozialwohnungen bauen und sanieren kann.
- Eine konsequente Nutzung aller verfügbaren Fördermittel auf Landes- und Bundesebene, um Investitionen in sozialen Wohnungsbau zu maximieren.
- Einen klaren Ausbau des kommunalen Wohnungsbestands, statt Verkäufe an private Investor*innen zuzulassen.

Bodenpolitik als Instrument für soziale Gerechtigkeit nutzen

Eine Stadt, die sich dem Markt ausliefert, verliert die Kontrolle über ihre Entwicklung. Wer bezahlbare Mieten sichern will, muss Bodenspekulation durch Immobilienkonzerne verhindern. Wir sehen dies als eine städtische Aufgabe. Deshalb setzen wir auf eine aktive Bodenpolitik:

- Ein kommunaler Bodenfonds, mit dem strategisch Flächen erworben und für sozialen Wohnungsbau gesichert werden.
- Ein verstärkter Einsatz des Vorkaufsrechts, um Grundstücke nicht dem spekulativen Markt zu überlassen.
- Eine soziale Liegenschaftspolitik, bei der Grundstücke nach Konzept, nicht nach Höchstpreis vergeben werden.

Leerstand konsequent bekämpfen

In einer Stadt mit wachsender Wohnungsnot ist es nicht hinnehmbar, dass Wohnungen jahrelang leer stehen. Wir fordern:

- Eine Zweckentfremdungssatzung, die es der Stadt ermöglicht, Leerstand aktiv zu bekämpfen.
- Gezielte Enteignungen, wenn Immobilien über Jahre ungenutzt bleiben und dem Markt entzogen werden.
- Sanierungsprogramme für leerstehende Wohnungen, um schnell neuen Wohnraum zu schaffen.

Umverteilung schafft auch bezahlbaren Wohnraum

Um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, müssen auch die großen Vermögen wieder stärker in die Verantwortung genommen werden. Eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer sowie die gerechtere Besteuerung von Kapitaleinkommen können wichtige finanzielle Ressourcen freisetzen, um den Bau von Sozialwohnungen und den Ausbau des günstigen Wohnungsmarktes durch den Bund voranzutreiben. Dabei ist es entscheidend, dass Freibeträge so ausgestaltet werden, dass kleinere Unternehmen und Selbstnutzer*innen nicht übermäßig belastet werden.

Gleichzeitig kämpfen wir für die Entlastung der breiten Bevölkerung bei der Einkommensteuer, um den Anteil der Mietkosten am Haushaltseinkommen zu senken. Zusätzlich streiten wir für einen bundesweiten Mietendeckel, um dort, wo die Belastung sehr groß ist, eine weitere Steigerung der Mietpreise in den kommenden Jahren zu verhindern.

Sozialdemokratische Wohnungspolitik in Zeiten knapper Kassen

Eine knappe Haushaltslage darf kein Vorwand sein, um sich aus der Verantwortung zu stehlen. Wohnen ist ein Grundrecht, kein Marktprodukt. Wer jetzt nicht investiert, wird in Zukunft umso größere Probleme haben. Während konservative Politik Kürzungen fordert, setzen wir als Sozialdemokratie auf eine kluge, soziale und zukunftsorientierte Haushaltspolitik.

Wir wollen eine Stadt, die sich nicht der Logik des Marktes unterwirft, sondern aktiv für bezahlbares Wohnen kämpft. Eine Stadt, die Schulden nicht scheut, wenn sie für die soziale Zukunft Leipzigs notwendig sind. Eine Stadt, die Spekulation den Kampf ansagt und den Wohnungsmarkt nicht dem Profit überlässt.

Leipzig muss mutig vorgehen. Denn nur mit einer entschlossenen Wohnungspolitik bleibt unsere Stadt bezahlbar und lebenswert – für alle.

Begründung: erfolgt mündlich.

Titel: Psychische Gesundheit fördern statt pauschalisieren und kriminalisieren – Präventionsbonus für Therapiebesuche einführen

Einbringer*in:

Die Vollversammlung der Jusos Leipzig möge beschließen und über die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen an den Bundeskongress der Jusos weiterreichen:

Der CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann forderte in Reaktion auf die Anschläge der letzten Monate: "Wir haben große Raster angelegt für Rechtsextremisten, für Islamisten, aber offenkundig nicht für psychisch kranke (Gewalttäter)."

Diese Forderung setzt fast 18 Millionen Menschen (ca. 27,8 % der Bevölkerung) unter Generalverdacht, indem psychische Erkrankungen mit Gefährdung gleichgesetzt werden. Eine solche Argumentation erinnert an die Zeit des Nationalsozialismus und löst keine sicherheitspolitischen Probleme. Sie verstärkt stattdessen Stigmatisierung und schreckt Betroffene davon ab, sich Hilfe zu holen.

Auffällig ist, dass die Attentäter der vergangenen Anschläge ausschließlich Männer waren. Der Logik Linnemanns Vorschlag folgend, würde das bedeuten, alle Männer unter Generalverdacht zu stellen – ein Gedanke, der absurd erscheint und den natürlich niemand ernsthaft fordert. Doch genau diese Argumentation legt die Widersprüchlichkeit der Forderung Linnemanns offen. Anstatt psychische Erkrankungen mit Gefährdung gleichzusetzen, muss die gesellschaftliche Frage gestellt werden, warum sich insbesondere Männer zu selten professionelle Unterstützung suchen.

In unserer Gesellschaft gelten Emotionen und psychische Gesundheit, insbesondere bei Männern, oft immer noch als Tabuthema. Männlich sozialisierte Personen erfahren starken gesellschaftlichen Druck, „stark“ sein zu müssen, und vermeiden daher häufig den Gang zur Therapie. Dies verstärkt psychische Belastungen, welche in seltenen Fällen zu extremen Verläufen führen können. Eine präventive Strategie muss genau hier ansetzen: Psychische Erkrankungen müssen als Teil der allgemeinen Gesundheitsversorgung betrachtet und systematische Barrieren abgebaut werden.

Nur 18 % der Betroffenen nehmen psychotherapeutische Hilfe in Anspruch. Gleichzeitig fehlen Therapieplätze, unter anderem weil zu wenige Kassensitze existieren und die Ausbildung zur Psychotherapeut*in mit hohen Kosten und Hürden verbunden ist. Diese Probleme lassen sich nicht durch Überwachung psychisch kranker Personen lösen, sondern nur durch Prävention und eine bessere Gesundheitsversorgung. Prävention und ein verbesserter Zugang zu Therapie können zudem einen positiven Einfluss auf die Wirtschaft haben. Denn psychische Erkrankungen sind die zweithäufigste Ursache für Fehltage. Zudem lassen sich fast die Hälfte der Anträge auf Erwerbsminderungsrente im Jahr 2023 ebenfalls auf psychische Erkrankungen zurückführen.

Forderungen

Deswegen Fordern wir:

- Keine Erfassung psychisch erkrankter Menschen in Sicherheitsdatenbanken. Eine solche Maßnahme ist diskriminierend und nicht zielführend.
- Ein Präventionsbonus-System für regelmäßige Therapiesitzungen. Analog zum Bonusheft für zahnärztliche Vorsorge sollen Bürger*innen Anreize erhalten, um frühzeitig psychische Gesundheitsangebote zu nutzen.
- Mehr Therapieplätze und Abbau von Hürden für Therapeut*innen. Dazu gehören die Erhöhung der Kassensitze und die finanzielle Entlastung beim Ausbildungsprozess.

Begründung: erfolgt mündlich.

Titel: Nein zur Bezahlkarte! Nein zu einem System der sozialen Ungerechtigkeit!**Einbringer*in:**

Die Vollversammlung der Jusos Leipzig möge beschließen und über den Stadtparteitag der SPD Leipzig an die SPD-Fraktion im Leipziger Stadtrat weiterreichen:

Die Bezahlkarte wird derzeit auf Bundes- und Landesebene diskutiert, unter anderem als Mittel zur Kontrolle von Sozialleistungen. Sie bedeutet jedoch in der Praxis Ausgrenzung statt Integration.

Die Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete lehnen wir entschieden ab. Sie ist ein Instrument der Bevormundung und Diskriminierung, das die finanzielle Selbstbestimmung einschränkt und gesellschaftliche Teilhabe erschwert. Statt einer Bezahlkarte fordern wir die Einrichtung regulärer Bankkonten ohne Einschränkungen für alle leistungsberechtigten Geflüchteten.

Wir fordern die SPD-Fraktion im Leipziger Stadtrat auf, sich aktiv gegen die Einführung einer Bezahlkarte im Zuständigkeitsgebiet der Stadt Leipzig einzusetzen und stattdessen Maßnahmen zu ergreifen, die den Zugang zu regulären Bankkonten für Geflüchtete ermöglichen. Als Partei der sozialen Gerechtigkeit darf die SPD keine Sonderregelungen zulassen, die Geflüchtete diskriminieren und ihnen Rechte vorenthalten, die für andere Menschen selbstverständlich sind.

Wir fordern die Fraktion auf:

1. Einen Antrag im Stadtrat einbringen, der sicherstellt, dass Sozialleistungen an Geflüchtete über reguläre Bankkonten ausgezahlt werden.
2. Sich gegenüber der Stadtverwaltung und zuständigen Stellen dafür einsetzen, dass alle leistungsberechtigten Geflüchteten ein eigenes, uneingeschränktes Bankkonto eröffnen können.
3. Die SPD-Fraktion soll sich mit klaren öffentlichen Positionierungen gegen die Einführung der Bezahlkarte einsetzen.
4. Auf Landes- und Bundesebene darauf hinwirken, dass rechtliche und administrative Hürden für die Kontoeröffnung abgebaut werden, um eine diskriminierungsfreie finanzielle Teilhabe zu gewährleisten.

Die SPD muss sich klar gegen Sonderregelungen stellen, die Geflüchtete ausgrenzen, und stattdessen für eine echte Gleichbehandlung eintreten. Finanzielle Eigenständigkeit ist eine Grundvoraussetzung für Integration – die Stadtratsfraktion muss jetzt Verantwortung übernehmen und handeln!

Begründung: erfolgt mündlich.

Titel: Unsere Perspektive auf das Sondierungspapier

Einbringer*in:

Der Stadtvorstand der SPD Leipzig möge beschließen:

Die SPD Leipzig nimmt die im Sondierungspapier von SPD und Union getroffenen Vereinbarungen in den Bereichen Arbeit & Soziales, Asyl & Migration sowie dem Staatsbürgerschaftsrecht mit großer Sorge zur Kenntnis. In diesen zentralen Politikfeldern sehen wir erheblichen Nachbesserungsbedarf. Dabei müssen zentrale sozialdemokratische Grundsätze gewahrt bleiben. Wir fordern substanzielle Verbesserungen in den folgenden Punkten:

Keine Staatsbürgerschaft zweiter Klasse!

Die Möglichkeit des Entzugs der Staatsbürgerschaft stellt einen schwerwiegenden Eingriff in rechtsstaatliche Prinzipien dar und widerspricht den Werten der Sozialdemokratie. Im Bundestagswahlkampf hat sich die SPD klar gegen diese Maßnahme ausgesprochen. Eine sozialdemokratisch geführte Regierung darf sich an einer solchen Politik nicht beteiligen.

Solidarität mit Schutzsuchenden!

Die SPD Leipzig lehnt Zurückweisungen von Schutzsuchenden an den Grenzen entschieden ab. Diese Praxis gefährdet nicht nur das individuelle Grundrecht auf Asyl, sondern untergräbt auch den Zusammenhalt innerhalb der Europäischen Union.

Es muss sichergestellt werden, dass der Familiennachzug uneingeschränkt gewährleistet bleibt. Zudem sind sichere Fluchtwege durch Aufnahmeprogramme dringend notwendig. Die SPD trägt eine humanitäre Verantwortung, der sie sich nicht entziehen darf.

Ein starker Sozialstaat und der Schutz von Arbeitnehmer*innenrechten! Der Erhalt des 8-Stunden-Tages ist eine wesentliche Errungenschaft des Arbeitsschutzes und darf nicht infrage gestellt werden. Er zählt zu unserer DNA als SPD. Eine Aufweichung der täglichen Höchstarbeitszeit steht im Widerspruch zu einer sozialdemokratischen Arbeitsmarktpolitik.

Der vollständige und dauerhafte Leistungsentzug im Sozialstaat ist nicht hinnehmbar und widerspricht dem verfassungsrechtlich verankerten Sozialstaatsprinzip.

Das Bürger*innengeld war ein notwendiger Schritt zur Reform der Grundsicherung. Eine Rückkehr zu den repressiven Mechanismen der Hartz-IV-Gesetzgebung wird von der SPD Leipzig entschieden abgelehnt.

Die SPD Leipzig wird diese Positionen auf Landes- und Bundesebene einbringen und darauf hinwirken, dass die sozialdemokratischen Grundwerte konsequent verteidigt werden.

Begründung: erfolgt mündlich.